



Nr. 32

2. Oktober 2024

Inhalt

Bund

[Geszentwurf zur Besoldung ist völlig unzureichend](#)

Einkommensrunde Bund und Kommunen

[dbb Regionalkonferenzen: Abschluss in Hamburg](#)

Jahresbericht des Nationalen Normenkontrollrates

[Bürokratiekosten runter, Zukunftsinvestitionen rauf](#)

8. Seniorenpolitische Fachtagung

[Fleischmann: Bildungssituation Älterer berücksichtigen](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Berlin

[Besoldung: Berliner Senat will doch nicht zum Bund aufholen](#)

Baden-Württemberg

[Nach massivem Protest: Aus für Gleichbehandlungsgesetz](#)

Deutscher Philologenverband (DPHV)

[Fortbildung von Lehrkräften: DPhV drängt auf Professionalisierung der dritten Phase](#)

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)

[Schenker-Verkauf: Deutsche Bahn muss Verantwortung für Beschäftigte übernehmen](#)

aktuelle

Informationsdienst des dbb

Bund

Gesetzentwurf zur Besoldung ist völlig unzureichend

„Die von der Ampel geplanten Änderungen an der Besoldung der Beamtinnen und Beamten des Bundes sind eine Frechheit“, sagte dbb Chef Ulrich Silberbach am 2. Oktober 2024.

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hatte bereits vor vier Jahren einige wegweisende Entscheidungen veröffentlicht. Daraus ergab sich, dass die Besoldung auch beim Bund teilweise nicht grundgesetzkonform ist. „Nun schafft die Bundesregierung es endlich, einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen – und verursacht damit jede Menge neue Probleme“, erklärte Silberbach. „Mit diesem Gesetz werden lediglich durch einige unsystematische, intransparente und temporäre Anpassungen die rechtlichen Mindestanforderungen gerade so eingehalten. Gleichzeitig werden damit aber andere im Grundgesetz verankerte Pfeiler des Berufsbeamtentums wie der Leistungs-, Funktions- und Amtsgrundsatz missachtet. Das macht das ganze Konstrukt abermals verfassungsrechtlich bedenklich.“

Bei der Neuregelung hätten offensichtlich rein fiskalische Gründe eine Rolle gespielt, machte

der dbb Chef deutlich: „Mit einer sinnvollen, sachgerechten und wertschätzenden Weiterentwicklung der Besoldung hat das jedenfalls nichts zu tun. Die Kolleginnen und Kollegen werden stattdessen vor den Kopf gestoßen und der Bund wird es zukünftig noch schwerer als bisher haben, die besten Nachwuchs- und Fachkräfte zu gewinnen und beziehungsweise zu halten.“

Auch der Zweite Vorsitzende und Fachvorstand Beamtenpolitik des dbb, Waldemar Dombrowski, warnte vor den Folgen des Gesetzentwurfes: „Nach jahrelanger Unteralimentation wird das Vertrauen der Beamtinnen und Beamten des Bundes in ihren Dienstherrn erschüttert. Zudem enthält der Entwurf keine Vorschläge zur längst überfälligen und mehrfach zugesagten Rückführung.“

Einkommensrunde Bund und Kommunen

dbb Regionalkonferenzen: Abschluss in Hamburg

Mehr Flexibilität, mehr Entlastung, mehr Geld: Die Beschäftigten haben klare Vorstellungen davon, was sich ändern muss. Der Überblick.

Los ging es in Düsseldorf, weiter in Hamm, Fulda, Nürnberg, Mannheim und Berlin: Über Wochen haben führende Gewerkschafter vom dbb in ganz Deutschland mit Beschäftigten des öffentlichen Dienstes über mögliche Forderungen für die Einkommensrunde diskutiert. Die letzte Regionalkonferenz hat am 1. Oktober in Hamburg stattgefunden.

„Die vielen Gespräche haben verdeutlicht, dass Bund und Kommunen bei der Einkommensrunde zwingend liefern müssen“, sagte dbb Tarifchef Volker Geyer. „Dem Staat fehlen mehr als 570.000 Beschäftigte. Und das in Zeiten, wo die Aufgaben immer mehr werden. Wir müssen jetzt alles tun, um das Ruder herumzureißen. Sonst verliert der Staat als Arbeitgeber den Anschluss und damit den Wettbewerb um die besten Köpfe. Moderne Arbeitszeitmodelle, die mehr Flexibilität ermöglichen, und eine spürbare Entgelterhöhung – das ist es, worüber wir zwingend sprechen müssen. Die

Beschäftigten stehen bereit, um ihren berechtigten Forderungen auf der Straße Nachdruck zu verleihen, sollte das erforderlich werden.“

Für Waldemar Dombrowski, Zweiter Vorsitzender des dbb und Fachvorstand für Beamtenpolitik, ist es zentral, dass der Dienstherr die Arbeitszeit für Bundesbeamtinnen und Beamte reduziert: „Seit 2006 arbeiten die Kolleginnen und Kollegen 41 Wochenstunden. Diese Sonderbelastung, die im Übrigen nur übergangsweise gelten sollte, gehört endlich abgeschafft. Außerdem erwarten wir, dass der Dienstherr die Ergebnisse der Tarifrunde systemgerecht auch auf die Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger überträgt. Alle Statusgruppen sitzen im selben Boot und müssen gleichermaßen von Verbesserungen profitieren.“

Thomas Treff, Landesvorsitzender des dbb in Hamburg, unterstrich: „Die Lebenshaltungskosten steigen immer weiter. Ich denke da nur an die Mieten bei uns in der Hansestadt, bundesweit sieht es in den städtischen Ballungsräumen nicht anders aus. Wer gutes Personal will, muss gut bezahlen. An Aufgaben mangelt es nicht, wir leben in stürmischen Zeiten. Gerade deshalb ist es so wichtig, auch über Modelle zu sprechen, um die Beschäftigten zu

entlasten. Wir brauchen alle an Bord, der Staat darf niemanden verheizen!“

Alle Vorschläge und Diskussionspunkte der Mitglieder fließen in die Beratungen und die Beschlussfassung der dbb Bundestarifkommission ein. Die Forderungen werden am 9. Oktober 2024 beschlossen.

Jahresbericht des Nationalen Normenkontrollrates **Bürokratiekosten runter, Zukunftsinvestitionen rauf**

Der dbb fordert, Einsparungen bei den Bürokratiekosten in die Verwaltungsmodernisierung zu investieren.

Die Bemühungen der Bundesregierung zum Bürokratieabbau tragen erste Früchte. Laut dem aktuellen Jahresbericht des Nationalen Normenkontrollrates (NKR), der am 1. Oktober 2024 in Berlin vorgestellt wurde, haben sich Kosten und Zeitaufwand für die Umsetzung neuer Gesetze leicht verringert. „Trotzdem kommen wir von einem sehr hohen Niveau, und das muss weiter und vor allem schneller heruntergeschraubt werden“, sagte dbb Chef Ulrich Silberbach in Berlin.

„Der Knackpunkt ist, dass die Wirtschaft zwar erstmals seit 2019 von Bürokratiekosten entlastet wird, die Verwaltung aber weiter viel Zeit und Geld für die Erfüllung neuer und bestehender gesetzlicher Vorgaben investieren muss“, so Silberbach. Das sei in Zeiten angespannter

Haushalte und fehlender Fachkräfte inakzeptabel und bremse zudem die dringend erforderliche Verwaltungsmodernisierung: „Der dbb unterstützt deshalb die Forderung des NKR, nicht nur Aufwuchs zu vermeiden, sondern das Bestandsrecht zu vereinfachen.“

Um die vom NKR anvisierten 25 Prozent weniger Bürokratiekosten und Erfüllungsaufwand in vier Jahren auch nur annähernd zu erreichen, müsse sich die Bundesregierung konsequenter als bisher ins Zeug legen. „Das kann nur gelingen, wenn die daraus resultierenden Einsparungen in Milliardenhöhe mindestens teilweise als Investitionen in die Verwaltungen zurückfließen, um Personal aufzubauen, die Digitalisierung voranzutreiben und die Strukturen des öffentlichen Dienstes zukunftsfest zu machen.“

8. Seniorenpolitische Fachtagung **Fleischmann: Bildungssituation Älterer berücksichtigen**

Die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Simone Fleischmann hat konkrete Zielsetzungen für die Bildung im Alter gefordert.

Um die Potenziale der Alten- und Altersbildung ausschöpfen zu können, bedürfe es zwingend einer qualitativen und quantitativen Steigerung des Angebots. Dieses müsse zudem zugänglich, niederschwellig, kostengünstig und passgenau sein sowie zeitgemäße Themen wie etwa die Digitalisierung behandeln. „Damit sie nicht den Anschluss an unsere zunehmend digitale Welt verlieren, müssen die Bildungsangebote für Ältere in diesem Bereich entsprechend ausgebaut werden“, sagte Fleischmann bei der Eröffnung der 8. Seniorenpolitischen

Fachtagung der dbb bundesseniorenvertretung am 1. Oktober 2024. so Fleischmann.

Bildung umfasse neben dem klassischen Wissenserwerb auch das Sammeln von Erfahrungen, etwa beim Tanzen, Musizieren oder Wandern. „Lernen ist keine Einbahnstraße, sondern lebt von Austausch und sozialer Interaktion und ist so außerdem ein wirksames Mittel gegen Einsamkeit. Bildung ist damit ein Schlüsselfaktor für Selbstbestimmung und Lebensqualität im Alter“, so die dbb Vize.

„Ältere wollen weiterlernen, weil sie die Zukunft mitgestalten wollen!“, unterstricht auch Horst Günther Klitzing, Vorsitzender der dbb bundes-seniorenvertretung. Der Staat muss „die geeigneten Rahmenbedingungen schaffen und auch für die notwendige personelle Unterstützung sorgen, damit das Lernen im Alter gelingen kann.“ Die Rahmenbedingungen seien in Deutschland bisher nicht flächendeckend gegeben. Insbesondere die Länder fordert der Seniorenchef auf, „sich mit ihrer Kultur- und Bildungshoheit stärker und sichtbarer engagieren“. Dazu gehöre eine auskömmliche finanzielle Ausstattung der Kommunen, um die Teilhabechancen für ältere Menschen zu verbessern. Weiter müsse die Bildungssituation der älteren Generation im jährlichen Nationalen Bildungsbericht berücksichtigt werden, „als datenmäßige Voraussetzung für eine Nationale Bildungsstrategie.“

Mit der Fachtagung solle gezeigt werden, so Klitzing, dass es keine natürliche Grenze für lebenslanges Lernen gebe: „Wir wollen in den Fokus rücken, wie bereichernd und befriedigend die Neugier auf Neues für einen Menschen selbst und als Teil der sozialen Gemeinschaft sein kann.“

Hintergrund

„Nie zu alt für Neues - Lernen ohne Limit“ - Unter diesem Motto trafen sich am 1. Oktober 2024 Seniorinnen und Senioren der dbb bundes-seniorenvertretung, zu ihrer 8. Seniorenpolitischen Fachtagung. In Vorträgen und Workshops zeigten Expertinnen und Experten aus den Bereichen Medizin, Politik, Kultur, Verwaltung und Gesellschaft, dass Bildung in jedem Alter nicht nur wünschenswert, sondern realisierbar ist – und welche positiven Effekte sich daraus für die Lernenden und die Gesellschaft ergeben.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Berlin

Besoldung: Berliner Senat will doch nicht zum Bund aufholen

Der Senat hat die Besoldungsanpassung für die Landesbeamtinnen und -beamten auf den Weg gebracht. Die angekündigten Schritte zur Angleichung an die Bundesbesoldung sind aber gestrichen worden. Vom dbb berlin kommt scharfe Kritik.

„Wegen des verzögerten Gesetzgebungsverfahrens war schon zu befürchten, dass sich die Berliner Regierungskoalition bei der Anpassung der Beamtenbesoldung nicht einigen konnte. Was dann aber in der Senatssitzung am 1. Oktober präsentiert wurde, ist an Kurz-sichtigkeit kaum noch zu überbieten“, sagte dbb Landeschef Frank Becker am 1. Oktober 2024. Der Wegfall der Anpassungsschritte an das Besoldungsniveau des Bundes werde verheerende Folgen unter anderem für die Nachwuchsgewinnung haben.

Bereits im Vorfeld der Senatssitzung hatte Becker die Verzögerung bei der Besoldungs-gesetzgebung kritisiert, weil diese eigentlich bereits für die Zeit vor der parlamentarischen Sommerpause zugesagt worden war. „Der 1. November 2024 ist nicht mehr weit“, mahnte Becker im Hinblick auf den zu diesem Zeitpunkt aufgrund des Tarifergebnisses fälligen Sockelbetrag von 200 Euro. Zum 1. Februar 2025 soll dann eine Besoldungsanpassung von 5,5 Prozent entsprechend dem Tarifergebnis zuzüglich einer „ersten Rate“ zur Angleichung an die Bundesbesoldung folgen.

Baden-Württemberg

Nach massivem Protest: Aus für Gleichbehandlungsgesetz

Mit Genugtuung hat der BBW zur Kenntnis genommen, dass Ministerpräsident Winfried Kretschmann die Fraktionschefs von Grünen und CDU aufgefordert hat, aufgrund des massiven Protest den Gesetzentwurf für das geplante Gleichbehandlungsgesetz nicht weiter zu verfolgen.

„Die Einsicht kommt spät, aber immerhin kommt sie noch rechtzeitig“, kommentierte BBW-Chef Kai Rosenberger am 1. Oktober 2024. Der BBW hatte zu den ersten Kritikern des Vorhabens gehörte, noch bevor die Pläne für dieses Landesantidiskriminierungsgesetz Bestandteil des Koalitionsvertrages wurden. Seitdem hat der BBW keine Gelegenheit ausgelassen, um darauf hinzuweisen, dass ein solches Gesetz nicht nur die Bürokratie aufblähe und damit das Bekenntnis der Landesregierung zum Bürokratieabbau ad absurdum stelle. Mindestens genauso schlimm sei auch,

dass ein solches Gesetz öffentlich Beschäftigte von vornherein unter Generalverdacht stelle.

Mit seiner Kritik an dem Vorhaben, das auf Initiative der Grünen Bestandteil des Koalitionsvertrages wurde, war der BBW nicht allein. Auch Kommunen, Wirtschaft und Funktionsträgerinnen und Funktionsträger aus der CDU warnten vor einem „Bürokratiemonster“, das die Verwaltung und die Unternehmen weiter lähmen werde. Auch der baden-württembergische Normenkontrollrat reihte sich bei den Kritikern ein und empfahl der Landesregierung, von dem Vorhaben Abstand zu nehmen.

Deutscher Philologenverband (DPPhV)

Fortbildung von Lehrkräften: DPPhV drängt auf Professionalisierung der dritten Phase

Angesichts der qualitativ und quantitativ bisher unzureichenden Fort- und Weiterbildungsangebote für Lehrkräfte erwarten der DPPhV von der Kultusministerkonferenz (KMK) und von den Kultusministerien der Länder endlich die Professionalisierung der dritten Phase der Lehrkräftebildung.

Die DPPhV Bundesvorsitzende Susanne Lin-Klitzing sagte am 1. Oktober 2024: „Die Fort- und die Weiterbildung von Lehrkräften muss wesentlich mehr Aufmerksamkeit erfahren als bisher. Hier fehlt ein übergreifendes Konzept – auch gemeinsam mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF). Dabei liefert das jüngste Gutachten der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der Kultusministerkonferenz (SWK) wichtige Impulse. Doch wir haben das Gefühl, dass die KMK das Thema nicht ernsthaft genug aufnimmt. Ohne eine strukturelle Professionalisierung der berufsbegleitenden Lehrkräftefort- und Weiterbildung

und ohne entsprechende Ressourcen ist eine Bewältigung der Herausforderungen im Bildungswesen kaum zu gewährleisten.“

Gute Angebote für Fort- und Weiterbildung sowohl die Kompetenzen der Lehrkräfte als auch die Attraktivität des Berufs erhöhen, betonte Lin-Klitzing. Um angemessene Fortbildungsmöglichkeiten gewährleisten zu können, seien aber entsprechende Rahmenbedingungen an den Schulen unerlässlich. Dazu gehörte unter anderem die Senkung des Stundendeputats, um Freiräume für Fort- und Weiterbildungen in Präsenz und digital zu schaffen.

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)

Schenker-Verkauf: Deutsche Bahn muss Verantwortung für Beschäftigte übernehmen

Die GDL fordert, dass beim Verkauf des Logistik-Unternehmens Schenker nicht nur das höchste Kaufpreisgebot entscheidend sein sollte. Für die Kolleginnen und Kollegen der DB Schenker AG sollte vielmehr dringend ein fundiertes Übernahmekonzept bestehen.

In Zeiten von akutem Fachkräftemangel würde anderenfalls die Bestandsbelegschaft weiter verunsichert und das würde einer Unternehmensübernahme schaden. „Aber auch hier wird der DB Konzern seiner Verantwortung für die Beschäftigung in keinster Weise gerecht und zeigt keinerlei soziales Gewissen – dies wird es mit der GDL nicht geben“, so der GDL Bundesvorsitzende Mario Reiß. „Nach letzten Meldungen wird auch das Bieterverfahren nicht vergleichbar und transparent für den Aufsichtsrat dargestellt. Es wird den Aufsichtsratsmitgliedern schwer gemacht, die richtige Entscheidung zu treffen. Solange die für eine Entscheidungsfindung dringend notwendige

Transparenz fehlt, kann auch die GDL nicht zustimmend reagieren.“

Reiß unterstrich in aller Deutlichkeit, dass ein Verkauf von Schenker ein notwendiger Schritt für eine zukunftsfähige Bahn ist. Genauso klar sei aber, dass allein der Verkauf der DB Schenker AG weder die Probleme der Logistik-Tochter noch die grundlegenden Probleme des DB-Konzerns lösen werde. „Die GDL wird weiter dafür kämpfen, dass die mit dem Verkauf ausgelösten dringend benötigten Finanzeinnahmen im Sinne der Zukunft der Eisenbahn und der Eisenbahner nachhaltig und zielgerichtet investiert werden“, machte Reiß deutlich.

Termine:

09. Oktober 2024

Pressekonferenz

„Forderungen zur Einkommensrunde 2025 mit Bund und Kommunen“

Weitere Informationen folgen.

12. November 2024

34. Europäischer Abend

„USA und Europa: Perspektiven und deutsche Verantwortung“

Weitere Informationen unter www.dbb.de
